

Kommunales Wahlrecht für Alle

Pressegespräch am 14. 9. 2009

Dr. Ludwig Markert

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

die Problematik des kommunalen Wahlrechts, um die es uns heute hier geht, lässt sich in zwei Sätzen zusammenfassen: Was Alle betrifft, bedarf der Zustimmung Aller. Oder, kürzer formuliert: Das Wahlvolk ist nur ein Teil des Wohnvolkes. Konkret bedeutet dies: Wenn, wie hier in Nürnberg, 20 % oder mehr der Einwohner/innen auf kommunaler Ebene KEIN Wahlrecht haben, weil sie weder Deutsche noch EU-Bürgerinnen oder Bürger sind, dann ist das aus verschiedenen Gründen bedenklich:

- Das Ergebnis einer Wahl bildet nicht mehr den politischen Willen der Kommune ab, sondern nur den politischen Willen eines Teils der Bevölkerung. Die Weigerung, in Deutschland lebenden Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürgern das Wahlrecht zu verweigern ist damit zutiefst undemokratisch.
- Gleichzeitig steigt damit das Risiko politischer Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen, weil ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung sich eben nicht an der politischen Willensbildung beteiligen konnte – mehr noch: Es ließe sich fragen, inwiefern Gremien, die nur durch maximal vier Fünftel allerer, die sie zu

repräsentieren behaupten, gewählt wurden, überhaupt legitimiert sind.

- Nicht zuletzt stellt die Verweigerung des kommunalen Wahlrechts eben keinen Anreiz zur Integration dar, wie es von Seiten der CSU immer wieder behauptet wird. Aus Sicht der Diakonie ist vielmehr das Gegenteil der Fall. Die Verweigerung des Wahlrechts ist ein Instrument der Ausgrenzung und konterkariert damit viele Maßnahmen zur Integrationsförderung seitens der Politik, aber auch der Diakonie und anderer Verbände.

Es ist legitim - und dies hat die Diakonie auch in der Debatte um das Zuwanderungsgesetz immer wieder deutlich gemacht -, von in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund einen aktiven Beitrag zur Integration zu verlangen. Dazu gehören natürlich auch das Erlernen der Sprache und ein Einlassen auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Ohne Wahlrecht aber bleibt diese demokratische Grundordnung ein theoretisches Modell, das mit der Lebenswirklichkeit der Betroffenen nichts zu tun hat.

Aus diesem Grund unterstützt die Diakonie in Bayern gerade jetzt, so kurz vor der Bundestagswahl das Anliegen der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns, eine Grundgesetzänderung herbeizuführen, die es auch Nicht-EU-Bürgern möglich macht, sich am demokratischen Leben in Deutschland zu beteiligen. Selbstverständlich ist auch die verstärkte politische Teilhabe von Drittstaatsangehörigen durch Ausländerbeiräte und Integrationsbeauftragte wünschenswert.

Es freut mich ausserordentlich, dass nicht nur die Diakonie in Bayern dieses Thema unterstützt. Auch andere Wohlfahrtsverbände haben die Bedeutung des kommunalen Wahlrechts mittlerweile erkannt. Mehr noch als die Unterstützung durch die Wohlfahrtsverbände aber finde ich die Reaktion vieler Kommunen bemerkenswert. So unterstützt etwa

z.B. auch Regensburg mit entsprechenden Anträgen und Resolutionen diese Initiative, auch der Präsident des Deutschen Städtetages, der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude hat, sich für ein kommunales Wahlrecht im oben beschriebenen Sinne ausgesprochen. Das Thema, das wir Ihnen heute hier vorstellen, ist also kein Partikularinteresse einiger weniger, sondern das Anliegen der verschiedensten gesellschaftlichen Akteure im Interesse der Menschen mit Migrationshintergrund, die in Bayern leben, aber auch im Interesse der Demokratie.

Ich danke Ihnen.